

Jahresmedienkonferenz, 25. April 2019, Bern

## Referat Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### Wie geht es der Branche?

Für das vergangene Jahr kann das Gastgewerbe viele erfreuliche Nachrichten vermelden.

- Innerhalb eines Jahres wurden in der Restauration **fast 10'000 neue Stellen** geschaffen.
- Die Beschäftigtenzahl ist mit 261'000 auf dem höchsten Stand seit 2010.
- Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem tiefsten Stand seit 2001.

Positiv entwickelten sich auch die **Logiernächte**. 2018 verzeichnete die Schweizer Hotellerie mit 38.8 Millionen Übernachtungen einen neuen Rekord. Die Zahl der ausländischen Gäste ist auf dem höchsten Stand seit 2008. Bei den Gästen aus dem Inland erzielte die Beherbergung ein Rekordergebnis. Auch die Gastronomie vermeldete eine Zunahme, nämlich des Gästeaufkommens und zwar um 2.4 % im Vergleich zum Vorjahr.

Doch das **Bild ist ambivalent**, und die positiven Meldungen sind zu relativieren. So ist etwa der Ausserhaus-Konsum von Essen und Trinken trotz steigender Gästezahlen in der Gastronomie um 702 Millionen Franken zurückgegangen.

Die **Entwicklung der Betriebszahlen** ist ein Thema, das uns beschäftigt. Vor allem in bevölkerungsarmen, ländlichen Gemeinden manifestiert sich ein Rückgang.

Auch bei der Interpretation der Übernachtungszahlen ist Vorsicht geboten. Die Zahl der Logiernächte ist nur die halbe Wahrheit; entscheidend ist der Umsatz pro Logiernacht, der seit Jahren rückläufig ist.

Zu den grössten Sorgen der Branche zählt jedoch der **Fachkräftemangel**, der sowohl in der Restauration als auch in der Hotellerie zugenommen hat. Die Rekrutierung von Fachkräften gehört zu den grössten Herausforderungen im Gastgewerbe. Angesichts der Tatsache, dass die Anzahl der Lernenden im Gastgewerbe seit Jahren rückläufig ist, müssen wir davon ausgehen, dass sich der Fachkräftemangel in der nahen Zukunft sogar noch weiter verschärfen wird.

**Zusammenfassend** halte ich fest: Die Branche hat nach wirtschaftlich schwierigen Jahren in vielerlei Hinsicht wieder Tritt gefasst, doch sie hat noch nicht wieder zur alten Grösse zurückgefunden. Die Herausforderungen sind weiterhin gross.

**Gilles Meystre** wird im Anschluss an meine Präsentation weiter ausführen, wie sich die Nachfrage und Beschäftigung im Gastgewerbe entwickelt haben.

## **Ich komme zur politischen Lagebeurteilung.**

Wir blicken auf eine ereignisreiche Legislatur 2015 bis 2019 zurück mit wichtigen Weichenstellungen für das Gastgewerbe:

In der vergangenen Legislaturperiode wurde die **Fair-Preis-Initiative** eingereicht. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, das Kartellgesetz wettbewerbs- und KMU-freundlich auszugestalten. Mit Schweiz-Zuschlägen schöpfen internationale Unternehmen die Kaufkraft in der Schweiz gezielt ab und sind für die Hochpreis- und Hochkosteninsel Schweiz verantwortlich. Zusammen mit einer breiten Allianz, in der Mitglieder aller Parteien vertreten sind, hat GastroSuisse eine Initiative eingereicht. Das erfolgreiche Zustandekommen der Initiative setzt ein klares Zeichen gegen ungerechtfertigte Schweiz-Zuschläge. Der Bundesrat anerkennt den

Handlungsbedarf: Er hat das Kernanliegen der Initiative in einem indirekten Gegenvorschlag aufgenommen. Leider greift der vorliegende Gegenvorschlag in der jetzigen Version nicht. Es braucht entscheidende Verbesserungen. Ich komme in meinem Ausblick darauf zu sprechen.

Ein anderer wichtiger Erfolg ist die Annahme der **Motion Bischof „Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie“** im Parlament. Dieser Vorstoss fordert den Bundesrat auf, die sogenannten Preisparitätsklauseln im Vertragsverhältnis zwischen Online-Buchungsplattformen und Hotels zu verbieten. Aufgrund ihrer enormen Marktmacht können Buchungsplattformen der Hotellerie heute ihre Konditionen aufzwingen. Die Motion Bischof verspricht Besserung, indem solche Knebelklauseln nicht mehr erlaubt sein sollen.

Ein politischer Meilenstein war die Annahme der **Motion Baumann „Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung“** im Herbst 2018. Im Rahmen einer breiten Allianz von Gewerbebranchen machte sich GastroSuisse für die gerechte Finanzierung der Familienzulagen stark. Denn das Familienzulagengesetz enthält schwerwiegende Systemfehler. Heute müssen Branchen mit tiefen Löhnen, vielen Teilzeitmitarbeitenden, alleinerziehenden Müttern und vielen Kindern weit überdurchschnittliche Beiträge bezahlen. Diese Fehler müssen nun innerhalb der nächsten zwei Jahre korrigiert werden. Das ist ein grosser Erfolg und wichtig für das Gastgewerbe. Die Kosten für Familienzulagen werden gerechter verteilt.

Zu den weiteren Erfolgen gehören unter anderem

- bedeutende **Nachbesserungen im Rahmen der Revision des Verordnungsrechts zum Lebensmittelgesetz,**
- die **Ablehnung der unausgewogenen Altersreform im Jahr 2017,**
- die **Ablehnung der Volksinitiative «Pro Service public»**
- und die **Ablehnung der beiden Agrar-Initiativen** im letzten Jahr.

Trotz dieser Erfolge wäre es verfehlt, von einer durchwegs erfolgreichen Legislatur für die Wirtschaft und den Tourismus zu sprechen. Der vielbeschworene bürgerliche Schulterschluss hat nicht in allen Bereichen gespielt. So konnte sich die bürgerliche Mehrheit noch auf keine nachhaltige Reform der Altersvorsorge mit strukturellen Massnahmen einigen.

Die mangelhafte Umsetzung der Stellenmeldepflicht ist noch nicht korrigiert. Seit der Einführung der Stellenmeldepflicht müssen die meisten offenen gastgewerblichen Stellen dem RAV gemeldet werden. Das Gastgewerbe als personalintensive Branche ist von der Umsetzung besonders stark betroffen. Das Gastgewerbe hat vergleichsweise hohe Fluktuationen im Personalbestand, insbesondere viele Teilzeitmitarbeitende und Saisoniers. Die langen Wartezeiten führen zu einer Überbelastung des angestellten Personals und erschweren die Betriebsführung. GastroSuisse fordert weiterhin Verbesserungen in der Umsetzung der Stellenmeldepflicht. Dazu gehört die Automatisierung der Prozesse.

Ins Stocken geraten oder gar abgeschrieben wurden wichtige Reformen und Vorlagen wie zum Beispiel die Totalrevision des Alkoholgesetzes, das Tabakproduktegesetz, die Beziehung zu Europa oder die Liberalisierung der Agrarwirtschaft (Abbau des Grenzschutzes) in jenen Bereichen, bei denen die hiesige Landwirtschaft nicht negativ betroffen wäre.

Aus Sicht des Gastgewerbes bestehen wichtige Baustellen in der Bundespolitik. Die National- und Ständeratswahlen am 20. Oktober sind deshalb auch für uns ein politisches Grossereignis.

**Ich komme zu den Eidgenössischen Wahlen im Herbst und zum wichtigsten Teil meiner Rede:**

Bei den Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober wird GastroSuisse zusammen mit den Kantonalverbänden in allen Kantonen eine Wahlempfehlung für Tourismus und Gastgewerbe abgeben. Die Auswahl der Kandidierenden erfolgt in enger Zusammenarbeit mit unseren Kantonalverbänden – und auf Basis zahlreicher Kriterien – unter anderem eines Ratings.

Zum Auftakt des Wahljahres 2019 wollten wir wissen, welche Fraktionen und welche Parlamentarier die Interessen von Gastgewerbe und Tourismus im politischen Bern am besten vertreten.

Das **Abstimmungsrating von GastroSuisse** stellt die Gastgewerbe- und Tourismusfreundlichkeit der politischen Fraktionen fest. Dazu untersuchte GastroSuisse, wie gastgewerbe- und tourismusfreundlich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Fraktionen im National- und Ständerat während der Legislatur 2015-2019 abgestimmt haben. Berücksichtigt wurden ausschliesslich besonders gastgewerbe- und tourismusrelevante politische Geschäfte. Für jeden Parlamentarier und jede Parlamentarierin sowie jede Fraktion resultiert so ein GastroSuisse-Index (GSI). Der GSI misst die Gastgewerbe- und Tourismusfreundlichkeit und reicht von 1.0 (sehr gastgewerbefreundlich) bis -1.0 (überhaupt nicht gastgewerbe- und tourismusfreundlich). Auf dieser Grundlage wurde der Rang der jeweiligen Fraktionen bestimmt.

Ich freue mich sehr, Ihnen heute die **Ergebnisse unserer Auswertung** zu eröffnen.

Das Ranking der **Fraktionen** zeigt, dass insbesondere die bürgerlichen Fraktionen gastgewerbe- und tourismusfreundlich abgestimmt haben. Im Nationalrat wurde bei 2/3 der relevanten Abstimmungen so abgestimmt, wie von GastroSuisse empfohlen.

Die CVP-Bundeshausfraktion schnitt am besten ab. Der zweite Platz geht an die BDP-Fraktion. Auf dem dritten Rang folgen gemeinsam die FDP und SVP.

Aufgrund des Ratings haben wir für diese Fraktionen die fünf gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten Nationalräte sowie die drei gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten Ständeräte eruiert.

Hier sehen Sie die fünf gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten Nationalratsmitglieder und drei gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten Ständeratsmitglieder der **CVP-Fraktion** in **alphabetischer Reihenfolge** aufgelistet:

<b>Nationalrat</b>	<b>Ständerat</b>
Martin Candinas (GR)	Isidor Baumann (UR)
Thomas Egger (VS)	Pirmin Bischof (SO)
Ida Glanzmann-Hunkeler (LU)	Peter Hegglin (ZG)
Alois Gmür (SZ)	
Fabio Regazzi (TI)	

Dies die fünf gastgewerbefreundlichsten Nationalratsmitglieder der **BDP-Fraktion** sowie Werner Luginbühl als einziger Ständerat der BDP, der im Vergleich mit seinen Kolleginnen und Kollegen im Ständerat auch sehr gastgewerbe- und tourismusfreundlich ist.

<b>Nationalrat</b>	<b>Ständerat</b>
Duri Campell (GR)	Werner Luginbühl (BE)
Hans Grunder (BE)	
Bernhard Guhl (AG)	
Lorenz Hess (BE)	
Rosmarie Quadranti (ZH)	

Folgende **FDP-National- und Ständeratsmitglieder** stimmten besonders gastgewerbe- und tourismusfreundlich ab.

<b>Nationalrat</b>	<b>Ständerat</b>
Philippe Bauer (NE)	Josef Dittli (UR)
Olivier Feller (VD)	Olivier Français (VD)
Doris Fiala (ZH)	Thomas Hefti (GL)
Bruno Pezzatti (ZG)	
Laurent Wehrli (VD)	

Und dies die gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten Parlamentarierinnen und Parlamentarier der **SVP**.

<b>Nationalrat</b>	<b>Ständerat</b>
Jean-Luc Addor (VS)	Peter Föhn (SZ)
Marco Chiesa (TI)	Hannes Germann (SH)
Magdalena Martullo-Blocher (GR)	Werner Hösli (GL)
Thomas Müller (SG)	
Franz Ruppen (VS)	

In Ihren Unterlagen finden Sie eine **detaillierte Dokumentation** darüber, wie der GastroSuisse-Index berechnet wurde.

**Neben den eidgenössischen Wahlen stehen 2019 weitere wichtige Geschäfte an, über die der Bundesrat, Parlament oder die Stimmbevölkerung befinden werden:**

Ich nenne unter anderem die **Standortförderung**. Der Bundesrat hat im Februar die Botschaft zur Standortförderung 2020-2023 verabschiedet. Die Regierung ist dabei nicht auf die Forderungen der touristischen Verbände eingegangen. Wir appellieren ans Parlament, die Tourismusförderung gegenüber der letzten

Standortförderungsbotschaft nicht zu kürzen und fordern entsprechende Anpassungen. Insbesondere soll das Zusatzdarlehen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit weitergeführt werden. Auch die Finanzierung von Schweiz Tourismus (ST) muss angepasst werden. Wir fordern für die Periode 2020-2023 einen Rahmenkredit von 240 Mio. Franken. Die starken Rückgänge der Gäste aus den europäischen Stammmärkten sind noch immer deutlich spürbar. Zudem braucht Schweiz Tourismus den angepassten Bundesbeitrag, um die hohe Auslandsteuerung auszugleichen, den Individualtourismus in den Fernmärkten zu stärken und die Produktentwicklung weiter voranzutreiben.

Die Tourismusförderung lohnt sich für die gesamte Schweizer Wirtschaft. Denn der Tourismus ist eine Querschnittsbranche und macht beste Werbung für die Schweiz. Jeder investierte Franken in die Tourismusförderung lohnt sich angesichts der gegenwärtigen Wettbewerbssituation und der laufenden Transformationsprozesse im Tourismusmarketing. Zudem ist der Schweizer Tourismus eine für die Land- und Bergregionen unverzichtbare Branche.

Trotz des jüngsten Anstiegs bei den Logiernächten hat die Branche noch lange nicht zu alter Stärke gefunden. Und die Herausforderungen bleiben gross. Dazu gehört etwa die Währungssituation. Zudem sind die Konkurrenten des Schweizer Tourismus nicht mehr bloss benachbarte Alpenländer, sondern vermehrt Fernziele, die einfach und günstig erreichbar sind.

Dringender Handlungsbedarf besteht in der **Politik bei der Sozialpartnerschaft**. Die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge sind für die gut funktionierende Sozialpartnerschaft unverzichtbar. Seit geraumem geraten allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge jedoch vermehrt unter Druck, weil arbeitsrechtliche Bestimmungen von Kantonen einzelne Regelungen aushebeln. Eine vom Ständerat Baumann eingereichte Motion verspricht Besserung. Die Motion will die Sozialpartnerschaft durch eine Anpassung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen stärken, indem



allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge den Bestimmungen der Kantone vorgehen sollen. GastroSuisse setzt sich für die Annahme der Motion Baumann ein. Weiterhin Nachbesserungsbedarf besteht wie gesagt bei der **Stellenmeldepflicht**. Sie verursacht aufgrund mangelhafter Umsetzung enormen bürokratischen Mehraufwand bei den Unternehmen und führt noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Immerhin verspricht die aktuell laufende Revision der Berufsnomenklatur Besserung.

Bis am 11. Juni muss der Bundesrat die Botschaft zur Fair-Preis-Initiative und zum indirekten **Gegenvorschlag** ans Parlament überweisen. Bundesrat und Parlament sind aufgefordert, den Gegenvorschlag gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf deutlich zu verbessern. In der vorliegenden Form greift der Gegenvorschlag nämlich nicht.

- Ein Beispiel: Der Gegenvorschlag greift nur bei Wettbewerbsbehinderungen. Damit würde er nur jene Branchen schützen, die laut Praxis der WEKO im Wettbewerb mit Unternehmen aus dem Ausland stehen. Davon ausgenommen sind etwa die öffentliche Verwaltung, der öffentliche Verkehr, der Bildungs- und Gesundheitssektor, die Landwirtschaft und viele KMU- und Dienstleistungsbetriebe, die nicht exportieren, darunter auch das Gastgewerbe. Deshalb muss auch die Benachteiligung der Marktgegenseite als weiteres Tatbestandsmerkmal aufgenommen werden.
- GastroSuisse blickt einem Abstimmungskampf zuversichtlich entgegen. Denn die Betroffenheit in der Bevölkerung und in der Wirtschaft ist gross. Seit dem Start der Unterschriftensammlung hat sich gezeigt, dass die Initiative in der Bevölkerung grosse Sympathien genießt.

Abschliessend ein Ausblick auf die kommenden **eidgenössischen Volksabstimmungen vom 19. Mai**:

GastroSuisse sagt **JA zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie**. Die Gesetzesänderung ist ein ausgewogener Kompromiss, der Rücksicht auf die Schweizer Schiesstradition nimmt. Eine Ablehnung würde das Ende der Schengen/Dublin-Zusammenarbeit bedeuten. Touristen aus visumpflichtigen Staaten müssten dann für die Schweiz ein zusätzliches Visum beantragen. Dadurch würde die Tourismusdestination Schweiz stark an Attraktivität einbüßen.

GastroSuisse sagt ebenfalls **JA zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)**. GastroSuisse befürwortet eine rasche Reform der Unternehmensbesteuerung. Die herrschende Rechts- und Planungsunsicherheit schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz.